

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Neuenburger Buchdruckerei (Inhaber D. Ström). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenburg.

№ 69.

Freitag den 22. März 1929.

87. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 21. März. Das ostpreussische Notprogramm steht eine umfassende Entschädigungs- und Kreditaktion vor.

Aus dem Landtag.

Bei den über 300 Artikeln der Gemeindeordnung, über welche der Landtag jüngst beraten tagte, sind die fälschlich erledigten über Haushaltplan und Schulbauaufnahmen wohl für die Wirtschaft am bedeutungsvollsten. In Absatz 3 des Artikels 136, Aufstellung des Haushaltsplanes, war vorgesehen, daß der Haushaltsplan eine Woche lang zur Einsicht der Gemeinde-Einwohner aufzulegen sei. Ich habe mich für diesen Regierungsvorschlag eingesetzt, weil ich die Unmöglichkeit für den Steuerzahler, zum Haushaltsplan in irgend einer Weise vorher Stellung zu nehmen, auf die Dauer als nicht mehr vertretbar angesehen habe. So sehr ich mich bis in die letzte Zeit hinein dagegen wandte, daß den einzelnen Körperschaften (Handelskammern, Landwirtschaftskammern usw.) das Anrecht bei Aufstellung des Haushaltsplans gegeben wird, weil eine Reihe von Bedenken dagegen sprachen, so habe ich doch die Ueberzeugung gewonnen, daß bei der fortwährenden Steigerung der Umlageeigenen unbedingt ein Weg geschaffen werden muß, der auch dem Steuerzahler die Möglichkeit gibt, seine Ansicht vorher der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen, und damit zugleich ein Ventil für die Befriedigung mancher Spannungen und Berührungen zwischen Steuerzahler und Stadtverwaltung. Die verhältnismäßig rasche Abwicklung solcher Beratungen des Haushaltsplans in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats, vorbereitend und festlegend in vertraulichen Sitzungen der verschiedenen, nicht öffentlichen Kommissionen, gibt dem Steuerzahler doch noch die Gelegenheit, auf der Tribüne verwundert zuzuhören, wie glatt und in welcher Höhe der „vorangeflagte“ Umlageplan funktioniert wird.

Verlaufs aus der Wirtschaft und aus Interessentenskreisen, durch persönliche Vorstellung und Zuschriften an Gemeinderat und Stadtverwaltung sich vorher zur Klärung zu verschaffen, oder zu dem einen oder anderen Punkt ihre Ansicht zu äußern, wurden als „Rebengierung“, als „Einkaufung“ bekämpft, oder als unerlaubte und verdächtige Handlung verhorrt. Ich habe deshalb die im Regierungsentwurf vorgesehene Lösung begrüßt, ohne als langjähriger Gemeinderat zu befürchten, dadurch an den Rechten derselben etwas zu schmälern, weil ich andererseits aber auch dafür eingetreten bin, daß die einlaufenden Zuschriften zum Haushaltsplan-Entwurf von der Stadtverwaltung und Gemeinderat geprüft und erledigt, und nicht, wie vorgesehen, der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden müssen. Ich wollte dies vermeiden, sowohl um dem unnötigen Arbeitsaufwand zu verhüten, als auch aus dem Gesichtspunkt heraus, daß für Verteilung solcher lokaler Fragen einem in Stuttgart sitzenden Ministerialrat der nötige Einblick wohl meistens fehlt, zudem der Regierung ja bei Genehmigung eines Umlageplans über 12 Prozent an sich das Recht zusteht, sich durch Vorlage des gesamten, auf den Haushaltsplan beziehenden Materials ein Bild zu verschaffen. Dieser Antrag ist leider gefallen, weil u. a. auch Bauernbund und Bürgerpartei geschlossen mit der Linken gegen ihre eigene Regierungsvorlage, und damit auch gegen die beiden Zentrumsmänner stimmten, was immerhin einiges Aufsehen veranlaßte. Auf lebhafter Höhe blieb die Debatte bei Absatz 4 dieses Artikels, der bestimmt, denjenigen Gewerbesteuerpflichtigen vorher den Haushaltsplan zuzustellen, die mindestens 1/4 der Gemeindeumlage zu bezahlen haben. Es war sicher nicht die Angst vor den „Großkapitalen“, oder eine Verneinung vor dem „Großkapital“, wie es die verschiedenen Redner der Linken und des Christlichen Volksbundes bezeichneten, sondern rein praktische Erwägungen, die mich veranlaßten, bei diesen mehr theoretischen Auseinandersetzungen der Praxis das Wort zu reden.

Denn es ist in Wirklichkeit und bei gutem Willen der beiden Parteien doch schon so, oder sollte so sein, daß dort, wo diese großen Steuerzahler sind, Stadtverwaltung und Gemeinderat sich bemühen, mit denselben ein zweckdienliches Verhältnis herzustellen, und dieselben nicht durch willkürliche Durchbrechung des Steuerzettels zu Einpruch und Widerspruch zu bringen. Je mehr der Familienbesitz verschwindet und die Vermögensverhältnisse an seine Stelle treten und dadurch persönliche Verbindungen meistens verloren gehen, halte ich es für äußerst zweckdienlich, den Widerstand zwischen Gemeindeverwaltung und den verarmten großen Steuerzahlern durch vorherige Aufstellung des Haushaltsplans zu beseitigen. Es werden dadurch manche unnötigen Reibungen aus dem Wege geschafft, es wird das Mißverständnis der Stadtverwaltung dort, wo es vielleicht in einseitig eingestellt ist, erweitert, und es können verhängnisvolle Maßnahmen vermieden werden — bevor es zu spät ist. Ich führe den Abbruch des Zementwerks Vallungen an und betone, daß es keinen Zweck habe, in solchen Fällen — leider sind sie nicht vereinzelt — erst im Landtag nach dem „Großkapital“ zu rufen, wenn dasselbe seine Kräfte bereits erschöpft habe. Artikel 173 Schulbauaufnahmen betreffend, hat durch die Ausschussberatungen mehrere Bemerkungen für die Gemeinde eingeflossen, was ich begrüßte. Ich habe mich in diesem Sinne, auf Grund schlechter Erfahrungen, in Gemeinden meines Wahlbezirks schon früher verschiedentlich eingesetzt, da die Erfahrungen auf eine finanziell schiefse Ebene zu kommen, für die Gemeindeverwaltungen deshalb vorhanden sind, weil die Nachbarn durch die staatlichen Behörden sehr früh erfolgen und oft erst dann, wenn die Gelder bereits verbraucht sind, weil ferner durch alljährliche Aufnahme von schwebenden Schulden die ordnungsgemäße Aufnahme von Schulden jährelang zu umgehen ist, und weil ich die

Möglichkeit, Wechsel in Umlauf zu setzen, als eine besondere Stütze für unerfahrene Gemeinden ansehe, Schuldenentlastungen erfordern bei den außerordentlich hohen Zinsen, den schweren Auszahlungs- und Amortisationsbedingungen, oft Summen, die bis zur Hälfte der Gemeindeumlage ausmachen. Um hier, bei diesen großen Fragen — im Gegensatz zu den mehr lokalen Wünschen — nach großen, allgemeinen und auf lange Sicht eingestellten Gesichtspunkten beratend, vermittelnd, druckend und eventuell auch verlegend, eingreifen zu können, halte ich einen etwas weiteren Ausbau des Aufsichtsbereiches des Staates gerade im Interesse der Gemeindeverwaltungen für geboten.

Fritz Mantbe, M. d. L.

Aus dem Verwaltungsausschuß des Landtags.

Stuttgart, 20. März. Der Verwaltungsausschuß des Landtags hat heute eine Reihe von Eingaben. Zunächst eine Eingabe der Amtverammlung Schorndorf betr. Zuteilung des Amtsgerichtsbezirks Schorndorf zum Landgericht Stuttgart. Der Regierungsvorschlag erklärte, daß diese Frage mit der Frage der allgemeinen Verwaltungsvereinfachung zusammenhänge und daß es unmöglich sei, diese Frage einzeln zu regeln. Redner des Zentrums und der Bürgerpartei sprachen sich dagegen aus, sich aus Anlaß dieser Eingabe bezüglich Schorndorf grundsätzlich festzulegen. Redner der Sozialdemokratie, der Deutschen Volkspartei und der Christlichdemokratischen Partei wollten aus Anlaß dieser Eingabe von der Regierung verlangen, einen Plan der Neuverteilung der Oberämter beim Amtsgerichtsbezirk vorzulegen bzw. den Wünschen Schorndorf hinsichtlich Rechnung zu tragen. Nach Ablehnung einer Entschließung (Sog.) wurde ein Antrag (Joh. Fißler (Dem.)) gegen die Stimmen von Zentrum, Bürgerpartei und Bauernbund angenommen, der lautet: „Der Landtag wolle beschließen: Die Eingabe der Amtverammlung Schorndorf betr. Zuteilung des Amtsgerichtsbezirks Schorndorf zum Landgericht Stuttgart zum Staatsministerium in dem Sinne zur „Verständigung“ zu übergeben, daß bei der zu erwartenden Neuverteilung der Landgerichtsbezirke und der Oberämterbezirke den Wünschen der Eingabe vollständig entsprochen werde.“ Eine Eingabe der Fachgruppe Württ. Polizeibeamten um Änderung des Körperkassenbeschlusses zugunsten der Gemeindepolizeibeamten wurde auf Antrag des Verwalters des Reichs einmündig von der Regierung als Material überwiesen. Weiter eine Eingabe des Rechnungsrats Darg in Stuttgart am Reichsbank ging der Ausschuss auf Antrag des Verwalters des Reichs zur Tagesordnung über. Eine Eingabe des Ueberbrennens politischen Fraktionsverbands betr. das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten verlangt Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß weitere Ausführungsbestimmungen nicht erforderlich seien. Notwendig sei eine Denkschrift an die Behörden, die nachträglich erlassen werden soll. Durch den neu gegründeten Landesverband zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten werden übrigens in weitem Maße Interessen wahrgenommen, wie es in der Eingabe verlangt wird. Obermedizinalrat Dr. Quant berichtete über Erfahrungen bezüglich der Geschlechtskrankheiten. Demnach sind die Geschlechtskrankheiten in letzter Zeit im Anwachsen, namentlich die Syphilis. Allerdings werde der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten auf Grund des neuen Gesetzes erfolgreicher geführt werden, als früher, obwohl durch Gesetz die Prostitution nicht ausgerottet werden könne. Die Eingabe wurde der Regierung als Material überwiesen. Nächste Sitzung 21. März vorm.

Das Wirtschaftsprogramm der landwirtschaftlichen Spitzenverbände.

Berlin, 20. März. Die Führer der landwirtschaftlichen Spitzenverbände, Brandes, Schiele, Dörries und Rehr, haben das in ihrer Kundgebung vom 20. Februar 1929 angelegte gemeinsame Programm der deutschen Landwirtschaft am 20. März nachmittags der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten überreicht. In einem gemeinsamen Schreiben an den Reichspräsidenten betonen sie, daß sie die schärfste Durchführung des überreichten Programmes zur Verhütung der unentbehrlichen gewordenen Not der Landwirtschaft für unbedingt erforderlich halten und suchen um eine Befreiung des Programmes nach im Laufe dieser Woche nach. Im einzelnen führt das Programm aus, daß die Betriebsverluste in der Landwirtschaft trotz größter Einschränkung aller Ausgaben für die persönliche Lebenshaltung, insbesondere des Bauernstandes, trotz aller Selbsthilfeversuche andauern. Die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft übersteigt im einzelnen das Einkommen der Tragtätigkeit. Der wirtschaftliche Niedergang habe zu einer schweren Notlage des Bauernstandes geführt, die vielfach schon das Leben einer Bevölkerung in sich trage. Zwar habe die deutsche Landwirtschaft aller Schwierigkeiten und Rückschläge ungeachtet bis heute durch sorgfältige Bestellung des deutschen Grund und Bodens, Wiederaufbau des Viehbestandes und andere Maßnahmen eine nicht unerhebliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung bewirkt, aber die Ausdehnung der Qualitätssteigerung, die allein die Möglichkeit für eine rentable Wirtschaft wiederherstellen könne, erfordere sehr erhebliche Geldmittelaufwendungen. Deutschland sei heute vor die schicksalsschwere Entscheidung gestellt, ob es sich eine lebensfähige Landwirtschaft und damit die sichere Grundlage für einen aufnahmefähigen deutschen Binnenmarkt erhalten oder ob es die Ernährung seiner Bevölkerung und den Wohlstand seiner gewerblichen Erzeugnisse von der Bereitwilligkeit des Auslandes abhängig machen wolle. Mit aller Eingebundenheit müsse erklärt werden, daß eine nachdrückliche Verstärkung des landwirtschaftlichen Volkstums im ganzen die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der Welthilfe und damit für die Überwindung der gegenwärtigen Notlage bilde. Unter den deutschen Bauern herrsche eine an Verzweiflung grenzende Stimmung, die tiefen Gefahren in sich birge. Deshalb müßten diejenigen Maßnahmen, die weiterer Vorbereitung nicht mehr bedürften, unverzüglich getroffen werden.

Die tiefen Gefahren in sich birge. Deshalb müßten diejenigen Maßnahmen, die weiterer Vorbereitung nicht mehr bedürften, unverzüglich getroffen werden.

Krise der Arbeitslosenversicherung?

Berlin, 21. März. Die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung hat sich so zugezogen, daß der Reichstag aber kurz oder lang sich mit der Frage wird befassen müssen, wie eine Krise vorgebeugt werden soll. Der Streit geht um die Tragfähigkeit der versicherungstechnischen Grundlagen der Arbeitslosenversicherung. Ueber dieses Thema unterrichtet man sich aus einem Briefe-Empfang, den gestern Abend der Vorstand der Reichsversicherungsanstalt veranlaßte. Bis heute sind von der Reichsversicherungsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom Reich insgesamt 100 Millionen Mark auf dem Darlehensweg in Anspruch genommen worden. Außerdem hat das Reich für die vom Reichstag neu geschaffene Sonderfürsorge für Saisonarbeitslosigkeit insgesamt 6 bis 70 Millionen aufgewendet. Der Gesamtzuschuß der öffentlichen Hand zur Arbeitslosenversicherung beträgt gegenwärtig also 225 Mill. Mark. Dabei ist schon völlig klar, daß an eine Abdeckung der Reichsdarlehen in absehbarer Zeit überhaupt nicht gedacht werden kann. Der Präsident der Reichsversicherungsanstalt, Dr. Bruno, wies darauf hin, daß, wenn man das Risiko bei der Arbeitslosenversicherung ausschalten, man die Beitragslast der Wirtschaft etwas von 3 auf 4 Prozent des Grundlohnes erhöhen und der Anhalt eine weitgehende Ansammlung von Arbeitslosen ermöglichen müßte. Er bezeichnete es aber selbst als äußerst zweifelhaft, ob man diesen Weg heute beschreiten könne. Bei der Unsicherheit der deutschen Wirtschaftslage wäre es erforderlich, die finanziellen Grundlagen der Arbeitslosenversicherung zu überprüfen. Wie man sich in den Kreisen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine solche Sanierung vorstellt, wurde von einigen Mitglidern des Bundesvorstandes auseinandergesetzt. Danach will man die Schwierigkeiten entweder durch eine Erhöhung der Beiträge oder durch einen Verzicht des Reiches auf die Rückzahlung des Darlehens oder drittens durch die Begründung einer künftigen Rückzahlungspflicht von Reich und Ländern zu der Arbeitslosenversicherung beseitigen. Die Tendenz dieser Vorschläge, die vorläufig noch keine konkrete Form gefunden haben, geht also auf eine direkte oder indirekte Mehrbelastung der Wirtschaft, auf alle Fälle aber eine Steigerung der sozialen Lasten aus. Bei der gegenwärtigen Höhe der sozialen Ausgaben erscheint diese Forderung nicht diskutabel. Es kommt gegenwärtig mehr als je darauf an, das Gesamtmaß der sozialen Belastung so niedrig wie irgend möglich zu halten.

Die Berliner Blätter zum Tode Roths.

Berlin, 21. März. Mit Reichsadl Hoch ist nicht nur ein Gegner Deutschlands im Kriege aus dem Leben geschieden, sondern darüber hinaus auch nach dem Frieden ein grimmiger Feind des deutschen Volkes. Ob Hoch wirklich der größte Feind ist, als den ihn die Franzosen hinstellen möchten, nachdem ihnen der Sieg in den Schloß gefallen ist, darüber wird die Geschichte zu entscheiden haben. Die „D. A. Z.“ stellt fest, daß mit Hoch der willensstärkste militärische Führer des Weltkriegs auf der Feindseite und der erbitterteste Gegner der deutschen Wehrmacht dahingegangen sei. Im „Tag“ wird darauf hingewiesen, daß er in enger Anlehnung an Kainard das Augenmaß dazu verlor, daß ungezügelter Uebermut ungeheuren Unfrieden stiften könne. Der „Kölnischer Anzeiger“ hebt hervor, daß die völlige Wehrlosmachung des Reiches und die langjährige Besetzung deutscher Gebiete hauptsächlich sein Werk ist. Die „Vorzeitung“ sagt, in den Kämpfen des Sommers 1918 sei eine große operative Eingebung, eine strategische Kombination nicht zu finden. Ein Kanna oder Sedan habe er nicht anzuwe gebracht. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, als Oberbefehlshaber am Ende des Krieges sei es ihm lediglich vorbehalten gewesen, die reife Frucht zu pflücken, die zur Reife zu bringen inzwischen anderen hauptsächlich nicht militärischen Faktoren gelungen war. Die „Deutsche Zeitung“ sagt, in Hoch habe sich die brutale Vergeßlichkeit und Vernachlässigung Frankreichs gegen Deutschland verortet. Er sei der Vollstrecker des Voinard'schen Willens gewesen.

1928 ein Jahr des Stillstandes für die deutsche Industrie.

In der Generalversammlung der Bank für deutsche Industrieobligationen (6 Prozent Dividende) wies der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Dr. Gust. Krupp v. Bohlen und Halbach, auf die schwierige Lage der Bank bei der Durchführung des für die deutsche Wirtschaft außerordentlich günstigen Industrieobligations-Gesetzes hin, das ein Ergebnis internationaler Abmachungen sei und, wie alle reparationspolitischen Dinge, von den mannigfaltigsten Gesichtspunkten beeinflusst werde. Beratungen zur Vereinfachung des komplizierten Gesetzes seien dauernd im Gange. Was die Bewegung und Milderung der Betriebsvermögen der Industriebetriebe und aufbrückungsbedürftigen Wirtschaft anlangt, so sei 1928 bis 1929 keine Anwartsbewegung in Deutschland zu beobachten gewesen. 1929 sei im besten Falle ein Jahr des Stillstandes. Stillstand aber sei Mäßigung, insbesondere wenn man berücksichtige, daß die außerordentlichen Länder einstig sich weiterentwickeln. Die deutsche Wirtschaft hat noch nicht die Stabilität erlangt im Rahmen der allgemeinen Weltwirtschaft, die nötig ist, um in befriedigender Weise alle Kräfte der Industrie zu ernähren. Die hohe Zinsenlast im Ausland belastet die Rentabilität unserer Arbeit stark. Ein Demutaus seien außerdem die hohen Reparationsleistungen, sowie andere Faktoren politischer, handelspolitischer und reparationspolitischer Art, deren Beseitigung leider nicht von Deutschland allein abhängig ist.

Ausland.

London, 21. März. Die indische Regierung hat in einer

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile über deren Raum 25 J. Reklame-Zeile 80 J. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Anzeigenentwurf 20 J. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Abnahmehens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Fortführungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile: Neuenburg. Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

 Kreisarchiv Calw

Stettin, 21. März. (Schlachtochmarkt.) Dem Donnerstagmarkt am hies. Vieh- und Schlachtochmarkt wurden zugeführt: 2 Ochsen, 2 Kühe, 30 Zugschafeln, 29 Jungrinder (ausw. h.), 15 (3) Kühe, 301 (1) Lämmer, 461 Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Kühen —, Ochsen a 45—47 (früher Markt 43—48), b 41—44 (42—43), c 38—40 (37—38), Jungrinder a 53—57 (ausw. h.) b 46—51 (ausw. h.), c 41—44 (ausw. h.), Kühe b 81—84 (ausw. h.), c 70—77 (ausw. h.), d 59—67 (58—67), Schafeln a 72 bis über 300 Pf. 79—81 (82), b vollständig von 240 bis 300 Pf. 79—80 (81—82), c von 200—240 Pf. 78—79 (80—81), d von 160—200 Pf. 75—77 (76—79), e vollständige von 120—160 Pf. 70—74 (74—76), Sauren 58—67 (58—69) Mark. Markterlauf: Vieh und Schweine ruhig, Küder mäßig belebt.

Gummen, 21. März. (Vierdemarkt.) Durch über 200 Pferde, darunter 90 2—3jährige Fohlen. Bezahlt wurden für 2—3jährige Fohlen 650 Mk., gewöhnliche Arbeitspferde waren gesucht und erhielten 300—400 Mk., Händlerpferde 800—1200 Mk. Der Handel war in sehr gutem Lebhaft.

Stuttgart, 21. März. Mit 33 Vorstrafen fand der 55 Jahre alte, letzte Dienstherrn Gefängnis Spiegel von Ottenhausen beim Schöffengericht in Stuttgart, um sich wegen 830 Mark, die diesem Dienstherrn, einem Landwirt in Kornwestheim, in den letzten 10 Jahren veruntreut worden. Dem unverschämten Dieb wurde nun durch Jugendstrafe von drei Jahren ein reichlicher Derschnitt zuteil.

Wiesbaden, 21. März. In der vergangenen Nacht sind im Wiesbadener Gaudium in Wiesbaden sämtliche Schließkassen der Häuser der ersten bis dritten Klasse gestohlen worden. Die Restsumme ist unbedeutend. Es handelt sich um mehrere hundert Tausend.

Der Dieb ist in der Person eines führenden Oberkellners

Berlin, 21. März. Der geschäftsführende Vorstand der Zentrums-
partei beschloß sich in seiner heute gehaltenen Sitzung mit der Frage
der Wahlrechtsreform. Es bestand Einstimmigkeit darüber, daß die
Herabsetzung der Wahlreform noch in der gegenwärtigen Reichstags-
sitzung eine unbedingte Notwendigkeit sei. Der Gesamtvorstand der
Zentrums-Partei soll in einer Sitzung, die kurz nach Ostern
abgehalten wird, einen endgültigen Beschluß in dieser Richtung fassen.
Berlin, 21. März. Der preussische Landtag nahm am Donner-
stag den Antrag der Nationalsozialisten an, wonach gegen den ein-
seitigen Direktor der Staatlichen Vorgefallenen-Versicherung in Berlin,
Herrn Dr. v. ... , verurtheilt werden sollte.

Berlin, 21. März. Dem vom Reichstag angenommenen Gesetz-
entwurf über Berechtigung von Krediten zur Förderung des Klein-
gewerbes, über vorläufige Verlängerung der Geltungsdauer des
Gesetzes zur Regelung des Verkehrs mit Milch und über das Gesetz
zur Bekämpfung wegen Verstoßes des Sozialkrieges erteilt der Reichsrat die
billige, vorläufige, mäßig vorgeschriebene Sanction. Das gleiche ge-
ht mit dem Nahrungs-Eist für das Rechnungsjahr 1928 und dem
Gesetz für 1929. Der Reichsrat nahm hier von den Beschlüssen
des Reichstages Kenntnis, ohne Einspruch zu erheben.

Berlin, 21. März. Bei der Remington-Schreibmaschinen-G. m. b. H. in der Friedrichstraße erwiderte man jetzt Verantwortungen, die in über 1 1/2 Jahre hingen. Es wurden Maschinen in Reparatur gegeben, deren früherer Verkauf in den Büchern nicht eingetragen war. Es gab Veranlassung zu einer Generalrevision und dabei kam ans Licht, daß weit über 100 Maschinen des Lagers verstoßen hatten, ohne daß ihr Verkauf verzeichnet worden ist. Der Leiter muß Heferscheur gehabt haben, denn die Maschinen sind nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen über das ganze Reich veräußert worden.

Berlin, 21. März. Der Reichstag ratifizierte das Protokoll zum Verbot des Gashriegs und lehnte das kommunistische Manifestum gegen den Reichsfinanzminister ab. Die öffentliche Verurteilung kleiner Anzeigen wurde wieder eingeführt, die vom Zentrum beantragte Verlängerung der Abfindung der wegen Verheiratung ausstehenden Bräutinnen wurde abgelehnt.

Hirschberg, 21. März. Die Verzeihrung des verhafteten Großen Ochsen zu Stolberg hat Rechtsanwalt Kufche, der mit der Familie umhandelt ist, übernommen. Die Nachricht, daß ein Diner einige vortheilhafte Personen beim Verlassen des Schlosses beobachtet hat, ist als falsch erwiesen. Der Oberstaatsanwalt neigt immer noch im Hinblick zu, daß eine fahrlässige Tödtung vorliegt, da das Gewehr aus dem der Schuß abgegeben ist, erst kürzlich ausgetriebsen wurde und ungenuehm ist, daß der Oraf das Gewehr ausprobieren wollte. Im Ausgange des Verhastes konnten die vorliegenden Verdachtsgründe nicht enkräftet, vielmehr hat sich die Lage des jungen Grafen mit seine Angelegen nach verschlechtert.

Wernsdorf (Schmen). 21. März. Eine Schreckensthat hat die
Jns des Arbeiters Selbel in Kollendorf bei Kretsch begangen. Die
sich mit ihren drei Kindern im Alter von vier, sechs und neun Jahren
in der Wold, knüpfte die Kinder an drei verschiedene Bäume an
und erhängte sich dann selbst an einem Baume in ihrer Mitte. Später
verginger landen am Dienstag abend die drei Leichen. Die Familie
ist arm, sie lebte aber im besten Einvernehmen. Die Frau diente

Ein. 21. März. Bei den Aufräumungsarbeiten in dem durch
Feuerschaden zerstörten Hause konnte die verschüttete Fabrikarbeitergattin
mit ihr zweiwöchiger Sohn von den Pionieren lebend geborgen werden.
Die Frau ist durch Verletzungen im Gesicht schwer verletzt. Ein
ihres Kind wurde tot aufgefunden, von dem dritten fehlt noch jede
Nachricht.

Warschau, 21. März. Der in den Erdölhandel verwickelte Seiner Eminenz, der hiesige Vertreter der holländischen Amstelbank hat heute nachmittag Selbstmord verübt. Die Tat wurde in dem kurz vor der Sitzung des Warschauer Gerichtes bekannt, vor dem er in der Angelegenheit verurtheilt werden sollte.

Walden, 21. 2. 1974. In dem Dorf Walden im Südwesten von
Walden drach in einem Raume eines Holzgebäudes, in dem ein
Kochführung stattfand, infolge Entzündung eines Bildstoffs ein
Brand aus, der das ganze Gebäude erfasste. 114 Personen kamen
bei der Katastrophe ums Leben, während 17 Personen mit Brand
wurden dazukamen. Das Holzgebäude hatte nur einen Ausgang.

Vernossus (Pennsylvania), 21. März. Durch eine Explosion in
einem Bergwerk der dortigen Kohlen-Compagny wurden
20 Bergleute erschlagen. Die Explosion erfolgte kurz nachdem die

Zur Zeit eingestürzt war. Aus den benachbarten Schloten wurden Rettungsmannschaften herbeigeholt. Die Explosion wurde um 7.45 Uhr wahrgenommen. Gemaltige Flammen schlugen aus dem Bergwerkschacht heraus und die ihnen folgenden Rauchwolken hüllten die ganze Umgebung ein. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen. Nach einer bisher noch unendgültigen Weile wurde

19. Stunden bis der Explosion fünf Minuten vorhergehend.
Amberg, 21. März. Die Donnerstags mittig gelang es den Rettungsmannschaften 155 Bergleute, die infolge der Explosion der Riebsch-Grube eingeschlossen worden waren, zu befreien. 145 Bergleute befanden sich noch in der Grube. Glücklicherweise hat die Grube einen zweiten Eingangs, so daß es den Rettungsmannschaften möglich war, an die Unglücksstelle heranzukommen. Wenn Anzeichen noch ist, daß die Explosion durch Funkenflug verursacht worden. Unter ungeschützten Kriechen schloß eine riesige Stichflamme rasend. Die Grube ist in einem Umkreis von Truppen und Feuerwerk abgesperrt. Die geretteten Bergleute schreiben nicht an der eigentlichen Explosionsstätte gearbeitet zu haben.

Veratung von Eingaben an den Landtag.
Stuttgart, 21. März. Der Verwaltungs- und Wirtschafts-
ausschuß des Landtags behandelte auch in seiner heutigen
Sitzung eine Reihe von Eingaben. Ueber eine Eingabe des
Herrn Dr. v. ...

und Klauenheuse „Erika“ ging der Anschlag zur Tagesordnung über. Eine Eingabe des Landesassessors zur Befähigung fittlicher Rot, des ev. Volksbunds und des Bundes ev. Frauen Württembergs betr. Einschränkung der Haftnachtsbefreiung wurde der Regierung als Material überwiesen. Es folgte einer Eingabe des Dr. med. Andree in Ostfildern wurde ein Antrag des Verordnungsorgans angenommen, die Eingabe zur Erstellung der Erlaubnis zur Führung seines Dokortitels innerhalb Deutschlands mit der Befähigung auf die Verwendung bei literarischen Arbeiten dem Staatsministerium zur Erregung zu überweisen. Eine Eingabe des Magistrats in Weihenau a. H. betr. Befähigung der Arbeitslosigkeit wurde der Regierung zur Kenntnisnahme übergeben. Eine Eingabe des Landesverbands des württemb. Haus- und Grundbesitzers betr. Bezahlung der Kellner zu den Straßenbahnwagen wurde dem Staatsministerium zur Kenntnisnahme überwiesen. Eine längere Ausrede rief eine Eingabe des Obersekretärs Wirt wegen Verlegung der Befähigung seiner Wahl zum Stadtschlichter von Gaildorf hervor. Die Aufhebung wurde zurückgestellt, weil der unabhängige Reformminister heute nicht anwesend sein konnte, seine Anwesenheit aber vom Anschlag als notwendig erachtet wurde.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Illrich (Dresden) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Zum 1. April 1929 soll die Saline Glemneshall in Offenau, O.L. Neudorf, in Tätigkeit werden, nachdem der rationellisierte Betrieb der Saline Friedelschall in Jagstfeld imstande ist, durch erhöhte Produktion auch die bisherigen Abnehmer der Saline Glemneshall zu beliefern. Die Stilllegung der Saline Glemneshall bedeutet für die wirtschaftliche und finanziell ohnehin schwache Gemeinde Offenau eine schwere Schädigung und einen unerträglichen Anstoß an Steuern. Ist das Staatsministerium bereit, in eine ernste Prüfung darüber einzutreten, ob in den Anlagen der Saline Glemneshall nicht eine Vertriebsumstellung durchführbar ist? Von sachkundiger Seite wird berichtet, daß es möglich wäre, auf einfachem Wege und mit geringen Kosten in den Anlagen Veranatron mit Chlor herzustellen. Ich frage das Staatsministerium, ob es bereit ist, diese Pläne einer gründlichen Prüfung zu unterziehen?

Besuch des Finanzausschusses des Landtags in Ludwigsburg.
Ludwigsburg, 21. März. Ueber die Besichtigung des für die Technische Hochschule bestimmten Geländes, die der Finanzausschuss des Landtags gestern hier vorgenommen hat, wird von der „Ludwigsburger Ztg.“ berichtet, daß grundsätzliche Einmündo von seiner Seite vorgebracht wurden und daß verschiedene Abgeordnete das Gelände als das einzig richtige bezeichneten. Nach der Besichtigung wurde ein Aufseher nach Monroes gemacht. Dann vereinigte man sich im Sitzungssaal des Rathhauses. Anwesend war auch Finanzminister Dr. Dohlinger. Im Rathhaus legte Oberbürgermeister Dr. Schmid den Standpunkt der Stadterhaltung dar. Ludwigsburg wolle nicht in eine unwürdige oder unnütze Konkurrenz zu Stuttgart treten; es wolle nur zu einer möglichst vorteilhaften, der Entwürflung der Hochschule dienenden sachlichen Lösung beitragen. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Landtagsabgeordneter Ulrich erklärte, die Fährung sei außerordentlich wertvoll und aufschlußreich gewesen. Anfragen könnten aber nicht gegeben werden. Der Finanzausschuss werde loyal und unparteiisch nach allen Seiten die Projekte prüfen.

In den letzten Tagen verammelten sich in Stuttgart die Vertreter des gesamten württembergischen Gastwirtsgewerbes. Bei dieser Verammlung wurde eingehend auch die Frage einer Biersteuererhöhung besprochen. Die Vertreter des württ. Gastwirtsgewerbes waren sich einig, daß eine weitere Erhöhung der Biersteuer verheerende Folgen für das ohnehin schon notleidende Gastwirtsgewerbe nach sich ziehen würde. Es wurde folgende Entschliesung gefaßt: „Die am 20. März in Stuttgart verammelten Vertreter des Landesverbands der Wirt- u. Schenkwirt- u. Bierwirthschaften des württ. Gastwirtsgewerbes sprechen einstimmig ihre höchst Ent- rüstung darüber aus, daß der Heilbertrag des Reichshaushalts wiederum durch eine Steuer gedrückt werden soll, die einseitig auf die Schultern eines einzelnen Gewerbes gelegt wird. Wenn die Vorkommnisse am deutschen Reichstag die früheren, mög- lichst baldigen Aufhebung der Biersteuer herbeiführen werden, so wird die Verammlung der württ. Gastwirthe sich für die Aufhebung derselben einsetzen.“

terer Steuern notwendig macht, so ist es ein Verbot der Gerechtigkeit, daß diese Steuern gleichmäßig auf alle Schichten verteilt werden. Die Erhöhung der Biersteuer würde nicht nur eine ungerechtfertigte einseitige Belastung eines einzelnen Gewerbes zur Deckung der öffentlichen Kosten bedeuten, sondern es würde auch das Gastwirtsgewerbe, das schon ohnedies schwer unter dem Druck von Sondersteuern steht, von denen andere Gewerbe verschont sind, zum Erliegen bringen. Die Erhöhung des Bieres zur Folge haben, daß das Bier zum Luxusgetränk wohlhabender Schichten werden würde. Die geplante Erhöhung der Biersteuer ist deshalb eine Ungerechtfertigt gegenüber dem Gastwirtsgewerbe: sie gefährdet dessen Existenz und ist außerdem im höchsten Grad unsinnig. Die Vertreter des württembergischen Gastwirtsgewerbes fordern deshalb, daß jede weitere einseitige Belastung des Gewerbes, die dieses dem Staat zuführt, unterbleibt, und daß ein erhöhter Finanzbedarf des Reiches, der Länder und Gemeinden in erster Linie durch eine gleichmäßige Belastung aller Berufsstände gedeckt wird. Das württembergische Gastwirtsgewerbe erhebt ferner Einspruch gegen die Pläne des Deutschen Städtetags, die die Wiedereinführung der gemeindlichen Getränkesteuer zum Gegenstand der Getränke haben. Bei der jetzt schon bestehenden Belastung der Getränke ist eine weitere Belastung durch gemeindliche Getränkesteuer völlig untragbar.

London, 21. März. In der Sitzung des Militärgerichts in London am Donnerstag stellte der Offizialverteidiger, ein französischer Offizier, den Antrag, das Gericht möge beschließen, daß der von den Angeklagten gewählte deutsche Verteidiger, Senatspräsident Dr. Fuchs, als Verteidiger zugelassen werde. In der Begründung des Antrags wurde darauf hingewiesen, daß Dr. Fuchs in London als Rechtsanwalt anfänglich sei, daß französische Anwälte im besetzten Gebiet nicht vorhanden seien, daß ein Verteidiger-Offizierskorps noch nicht bestünde und daß weiter auch während des Krieges französischen Angeklagten von deutschen Gerichten das uneingeschränkte Recht eingeräumt worden sei, sich Verteidiger ihrer Nation zu wählen. Der Präsident des Gerichtshofs erklärte, er habe Anweisung vom Kaiserlichen General, keine deutschen Verteidiger zu

lassen. Militärbeamtenmal Trobat stellte einen Gegenantrag, das Gericht lebte nach kurzer Beratung die Anklage von Trobat ab mit der Begründung, das neue französische Militärgesetz vom 1. Januar 1929 gestatte nicht, einen ausländischen Rechtsbeamten zuzulassen. Die Nichtzulassung der deutschen Verteidigung stellt sich offensichtlich als ein Willkürakt der französischen Befehlsgewalt dar, der geeignet ist, alle bisherigen Versuche zu einer gütlichen Einigung von Regierung zu Regierung zu sabotieren. Es ist nicht das erste Mal, daß die Befehlsgewalt eine unfaire und jeder politischen Klug-

Reichsgerichtspräsident Dr. Simons verabschiedet sich.
 Leipzig, 21. März. Reichsgerichtspräsident Dr. Simons hat sich am Donnerstag von seinem, dem 3. Strafsenat, verabschiedet. Er wies auf die Bedeutung des Augenblicks für seine Person hin, denn wenn er den Saal nach Schluss der Sitzung verlassen habe, dann lege er die rote Robe zum letzten Mal ab, die er als höchster Richter Deutschlands 7 Jahre zu tragen für würdig befunden worden sei. Dr. Simons erinnert auch daran, daß diese Robe ihm u. a. für 2 Monate die Ehre verschafft habe, das Oberhaupt des Deutschen Reiches zu vertreten, doch sei das nicht sein höchster Stolz, sondern er sei gern Richter und stets mit ganzer Seele gewesen. Ihm erwirbt Reichsgerichtsrat Dr. Erschläger, und für die Reichsanwaltshaft Reichsanwalt Berner

Die Not der Landwirtschaft. — Besprechungen beim Reichsernährungsminister und beim Reichskanzler.

Berlin, 21. März. Als Vertreter der Landwirtschaft sprachen heute bei dem Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dietrich, die Herren Brandes, Schiele, Dermes und Mehr vor. Die in der Presse veröffentlichte Denkschrift wurde eingehend erörtert. Der Reichsminister stellte fest, dass er bereits einen bestimmten Vorschlag zur Regelung der Getreidepreise gemacht habe und dass im übrigen auch die jetzt von Landwirtschaftlicher Seite vorgeschlagene Lösung schon im Herbst v. J. erwogen und nach allen Richtungen hin durchgeprüft worden sei. Um die Vieh- und Fleischpreise zu bessern, habe die Reichsregierung eine Reihe von Maßnahmen in die Wege geleitet, so die Angleichung der Viehschläge an die Fleischschlächtereien, die Kasperrung des bisher noch zugelassenen Wachsenfleischs, die Erhöhung des Schmalzpreises; endlich sei auch ein Gesetz unterwegs, welches für eine einheitliche Verbuchung der Zaubenpolizei in den Seegrenschlachthöfen Sorge trage. Die Organisation der Milch- und Molkereiwirtschaft sei in vollem Gange und das verlangte Milchgesetz bekanntlich vor einigen Tagen den Landesregierungen und Interessenten zur Stellungnahme zugeleitet. Im Hinblick auf die Vorfriedung beim Herrn Reichsminister Dietrich empfing der Herr Reichsfinanzminister die vorgenannten Herren und nahm ebenfalls ihre Vorschläge entgegen. Der Herr Reichsfinanzminister stellte sofortige Uebersprüfung der Artungen in Aussicht und bemerkte, dass das Reichsministerium sich bereits wiederholt mit den einschlägigen Fragen befasst habe. Es gelte jetzt neue Wege zu finden, um die Notlage der Landwirtschaft zu beheben.

Eingabe an das Sachverhaltige Amt.

Das Reichsoffizienministerium hat kürzlich eine Verfügung erlassen, nach der die von der beflaggten Stadt Dinant nach Deutschland, namentlich an Bürgermeister verandte Truchselei „Das Märchen von dem Frankfurter von Dinant“, die an zahlreichen Stellen Beleidigungen und Schmähungen des früheren deutschen Deeres enthält, von den Postanstalten der Postbeförderung ausgeschlossen. Der Reichsdruckbund hat das Buch, ohne seinerseits Stellung zu nehmen, jetzt dem Auswärtigen Amt mit dem Vermerk übermittelt, daß von einer großen Zahl deutscher Städte gegen die Zufendung Protest erhoben worden sei.

Der Strausberger Kennverein ist durch Verschuldungen eines Angehörigen finanziell auf das schwerste geschädigt worden. Die Unterschlagungen, die man zunächst mit 80.000 Mark angav, dann auf etwa 100.000 Mark vergrößerte, belaufen sich auf über 200.000 Mark, die das gesamte mobile Vermögen des Vereins darstellen, der jahrelang mit Geldsorgen zu kämpfen hatte. Die getriggte Generalversammlung befaßte sich mit diesen Vorgängen. Nach eingehendem Bericht wurde der Finanzkommission Entlastung erteilt. Die Haltungen waren, wie es heißt, so raffiniert ausgeführt, daß die Finanzkommission und den Vorstand der Vorwurf, nicht aufmerksam genug gewesen zu sein, nicht treffen könne. Es bedarf begründete Hoffnung, einen Teil der veruntreuten Gelder sicherzustellen.

Das Programm für die Beisetzung des Marschalls Foch.
Paris, 21. März. Die kaiserlichen Ueberreste des Marschalls Foch werden, nach einem Beschlusse des heute nachmittag abgehaltenen Kabinettsrats, dem auch General Weygand beizuwohnt, in der Nacht zum Montag unter dem Triumphbogen neben dem Grab des unbekannten Soldaten aufgebahrt werden. Für den Montag ist die Ueberführung des Sarges in die Gruft der Notre Dame-Kirche vorgesehen. Die Nationaltrauerfeier, bei der allein Ministerpräsident Bonnaire sprechen wird, findet am Dienstag vormittag statt. Im Anschluß daran erfolgt die Beisetzung im Invalidendom. Ministerpräsident Bonnaire beabsichtigt, noch heute einen Brief an Clemenceau zu schreiben, in dem er diesen auffordern will, den Beisetzungsfestlichkeiten beizuwohnen. Der Senat hat für die Kosten der Beisetzung einen Kredit von 300.000 Franken bewilligt. Auf allen öffentlichen Gebäuden in Paris wurde heute Dolmetsch gespielt. Der deutsche Botschafter von Doehring zeichnete sich heute in ein im Trauerhaus angelegtes Register ein. Clemenceau begab sich in das Lotzengimmer, wo er von Fochs Generalsstabsober, General Weygand, begrüßt wurde. Beim Verlassen des Trauerhauses erklärte er, daß man mit solchen Mitarbeitern, wie Foch, den Weltkrieg gewinnen mußte. Der König von Belgien traf heute nachmittag um 5 Uhr in Paris ein und begab sich sofort in das Trauerhaus, um Foch die letzte Huldigung darzubringen. Prinz Carl, der zweite Sohn des Königs von Belgien, der belgische Generalsstabsober, Chef der Landesverteidigungsminister Brocquell und ein Ordonnanzvier-Bataillon werden dem Leichenbegängnis beizuwohnen. Sämtliche alliierten und assoziierten Mächte werden durch Truppenabteilungen vertreten sein.

London, 2. März. Die Engländer, die während des Krieges französische Kriegsanleihe zeichneten, sind sehr ärgerlich, weil ihnen die französische Regierung mittheilte, sie hätten keinen gelegentlichen Anspruch auf Entschädigung, weil Frankreich ein souveräner Staat sei. Sie erklären, es sei unbegreiflich, daß eine große und stolze Republik sich nicht schäme, eine solche Entschädigung zu gebrauchen, und es sei zu hoffen, ihre alten Namens wegen, daß sie den Vertrag mit demselben guten Willen einführen werde, den die christlichen Kapitalisten bewiesen hätten, als die französische Regierung um ihre Hilfe bat. Frankreich erleide heute eine Zeit der Prosperität, die in seiner Geschichte ohne Beispiel sei. Da sei es um so unbegreiflicher, daß es sich nun auf die Tathede berufe, es sei ein souveräner Staat, um dem Reuten seine Entschädigung zahlen zu müssen, die ihr in der Zeit der Noth halfen, in dem Glauben zu haben, es mit einer künftigen Noth zu tun.

Der Rebellenführer Aguirre handrechtlich erschossen.
Mexico, 21. März. Der Rebellenführer General Jesus Aguirre ist heute in La Ragunda im Staate Veracruz handrechtlich erschossen worden. Aguirre war gestern mit seinen Begleitern nach einem Gefecht, bei dem 2 Offiziere der Rebellen den Tod fanden, gefangen genommen worden.

Deutsche! Kauft deutsche Waren!
Bekämpft die Arbeitslosigkeit! Kauft einheimische Erzeugnisse
Der Verbrauch einheimischer Erzeugnisse schafft deutsches Kapital

Bezirks-Sagung.

Die vom Bezirksrat am 21. Februar 1929 vorbehaltlich der Zustimmung der Amtsversammlung mit Wirkung vom 1. April 1929 an beschlossenen Änderungen der Bezirks-sagung über die für die Inanspruchnahme der Oberamts-geometer zu erhebenden Verwaltungsgebühren sind vom Württ. Innenministerium mit Erlaß vom 15. März 1929 genehmigt worden.

Die Sitzung mit den Änderungsbeschlüssen liegt eine Woche lang (von der Ausgabe des Blattes an) bei der Oberamtsstelle zur öffentlichen Einsicht auf.

Neuenbürg, den 20. März 1929.

Oberamt: Lemp.

Bekanntmachung.

Die Gemeinde Schömburg beabsichtigt die Einleitung ihrer häuslichen Abwässer und derjenigen von Wasserpflo-klosetten in den Eulenbach in folgender Weise:

Im Eulenbach, etwa 1 km vom Ort entfernt, soll eine Sammelkläranlage auf den der Gemeinde gehörigen Parz. Nr. 181/1 und 2 erstellt werden.

Das gesamte Abwasser wird in einer Hauptsammelbohle der Kläranlage zugeleitet, dort zunächst auf mechanischem Wege geklärt und dann auf den ebenfalls der Gemeinde gehörigen Wiesenparzellen Nr. 179-182 durch Verrieselung vollends gereinigt.

Einwendungen gegen das Vorhaben sind bei Verlust des Einspruchsrechtes innerhalb 14 Tagen beim Oberamt anzubringen, wo Pläne und Beschreibung zur Einsicht auf-liegen.

Neuenbürg, den 21. März 1929.

Oberamt:

Dr. Schmid, Regierungsrat.

Gewerbeschule Neuenbürg.

Die Schülerarbeiten aus dem Schuljahr 1928/29 sind am Sonntag den 24. März 1929, vorm. 10 Uhr bis nachm. 6 Uhr, im Zeichenaal des Schulhauses aus-gestellt.

Am Donnerstag den 28. März 1929, vormittags 10 Uhr, findet in demselben Raum die

Öffentliche Schlussprüfung

und Entlassung des ältesten Jahrgangs statt.

Die Lehrerinnen und Eltern, sowie sämtliche interessierten Kreise sind zu beiden Veranstaltungen höflichst eingeladen.

Der Schulleiter: Kelle.

Birkenfeld.

Schulbad

von heute ab wieder geöffnet.

Birkenfeld, 22. März 1929.

Gemeindepfleger: Bolan.

Arnbach.

Stangen-Verkauf.

Die Gemeinde Arnbach verkauft am Montag den 25. März 1929 aus den Abteilungen I Unteres Bahnholz, Abteilung 5 1/2 Klingwald, 23 Rehbüchel:

18 Bauftangen	I. Kl.
64 "	II. "
62 "	III. "
22 "	IV. "
84 "	V. "
282 "	(bisher Hagstangen I. Kl.)
544 Hopfenstangen	I. "
908 "	II. "
725 "	III. "
653 "	IV. "
467 Rebstecken	I. "
60 "	II. "
34 Bohnenstecken.	

Zusammenkunft vormittags 9 Uhr beim Rathaus.

Versteigerer sind eingeladen.

Schultheißenamt.

Brennholz-Versteigerung.

Bad. Forstamt Mittelberg in Ettlingen, Dienstag den 26. März, vormittags 11 Uhr in der „Bergschmiede“ im Holzbadthal aus Staatswaldbezirk V „Unterwald“: 200 St. Buchene, eichene und tannene Scheiter und Brügel und 23 St. Buchene und tannene Reisprügel; aus Distrikt VI „Tannenwald“: 477 St. Buchene, eichene und tannene Scheiter.

Fürster Kunz, Schilberg zeigt das Holz in Distrikt V und Förster Geisler, Langenalb jenes im Distrikt VI vor.

Unterreichenbach.

Zu dem am nächsten Montag den 25. März d. S. hier stattfindenden

Vieh- und Schweine-Markt

ergeht Einladung.

Aus Sperr- und Beobachtungsgebieten dürfen Tiere nicht zugeführt werden, sämtliches Vieh muß beim Zutrieb auf den Markt amtstierärztlich untersucht werden. Vieh-händler haben tierärztliche, Schweinehändler amtstierärztliche Gesundheitszeugnisse mitzubringen. Personen aus verdächtigten Orten dürfen den Markt nicht besuchen.

Den 18. März 1929.

Gemeinderat.

Inferate heben den Umsatz!

OHNE



Sorge können Sie zu uns kommen, selbst wenn im Augenblick das Geld knapp ist. Keine Angst wegen der Anzahlung u. Teilzahlung. Wir machen's Ihnen ganz leicht und Sie bekommen sofort Ihre Ware mit.

Konfirmanden- u. Kommunionkleider
Täglich neue Eingänge in den schönsten
Frühjahrs-Modellen

Alles zu sehr vorteilh. Preisen.

Herren- und Damenbekleidungshaus

HELIOS

G. M. B. H.

Pforzheim / Leopoldstraße 7

Dennach, den 22. März 1929.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe, herzengute und unvergeßliche Tochter, Schwester und Braut

Elisabeth Keck

im jugendlichen Alter von 22 Jahren nach kurzer Krankheit am Mittwochabend 1/11 Uhr unerwartet rasch in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Familie Johannes Keck.

Bräutigam Gustav Hummel.

Die Beerdigung findet am Samstag den 23. März, nachmittags 1/22 Uhr, statt.

Freiwillige Feuerwehr Birkenfeld.

Am Samstag den 23. März, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Adler“ unsere jährliche

General-Versammlung

statt, wozu wir unsere Mitglieder höflichst einladen. Das Erscheinen eines jeden Mitglieds ist erforderlich.

Tagesordnung:

1. Tätigkeitsbericht.
2. Kassen- und Revisionsbericht.
3. Verschiedenes.
4. Anträge und Beschwerden der Mitglieder.

Das Kommando:

Hugo Seuffer, Karl A. Roth.

Obernhausen.

Empfehle meinen

6 Silber-Personenwagen

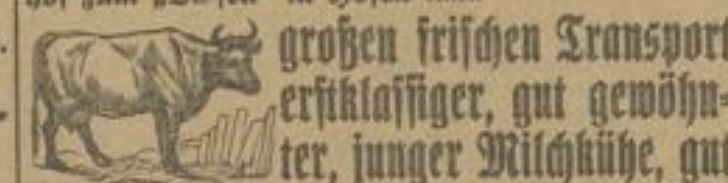
für Nah- und Fernfahrten bei billigster Berechnung.

Autovermietung Otto Bodamer,

Telefon 192 „Zur Traube“.

Vieh-Verkauf.

Wir haben von Montag früh 7 Uhr ab, im Gasthof zum „Adler“ in Höfen einen



großen frischen Transport erstklassiger, gut gewöhnter, junger Milchkühe, gut gewöhnter, trächtiger Kühe, trächtiger Kalbinnen, Kälberkühe, sowie eine sehr große Auswahl Zucht- und Einstellrinder zum Verkauf stehen, wozu Kaufinteressenten freundlich einladen

Rudolf Löwengardt & Söhne,
Rexingen.



„Die Naturfreunde“ Ortsgruppe Birkenfeld.

Sonntag den 24. März, abends 7 Uhr,

im Hotel „Schwarzwaldbad“

Lichtbilder-Vortrag:

Thema: „Sommer und Winter im Nelsberg“, Referent: Herr Wilhelm Rudolf, Karlsruhe, wozu wir unsere Mitglieder und Freunde unserer Sache freundlichst einladen. Eintritt 30 Pf.

Die Ortsgruppenleitung.

Schwäb. Bilderbühne Stuttgart.

„CHANG“

Ein Drama aus der Wildnis!

Staubenerregende Tiger- und Leopardenjagden, wilde Elefantenherden zerstören ein Dorf! Neueste dramatische Handlung!

Von Freitag, 22. bis Samstag, 23. März, im „Ankerhof“, Calmbach, je abends 8 Uhr.

Höfen a. E.

Maschinen-

Hobelspäne,

zu Streuzwecken vorzüglich geeignet, hat billig abgegeben

Hermann Binder,

frühere Rundstab-Fabrik.

Wildbad.

Mädchen,

nicht unter 20 Jahren, welches etwas kochen kann, per sofort gesucht.

Café Bechtel.

Auf 1. April suche ich tüch-

tiges, solides

Mädchen

für Küche und Haushalt.

Frau Dir. Gg. Haas.

Pforzheim, Friedensstr. 12.

Eine oder zwei Stuben,

Kammer und Küche,

mit oder ohne Möbel, in

Calmbach, Höfen oder

Wildbad für dauernd zu

mieten gesucht.

Angebote mit Näherem an:

Danck, Wildbad a. E.,

Straubenberg 42.

Zickelfelle

kauft zu höchsten Tagespreisen

Selbsthandlung

A. & H. Hilb, Pforzheim,

Meßgerstraße 21.

Forstamt Neuenbürg. Reifig-Verkauf

am Mittwoch den 27. März 1929, nachmittags 5 Uhr, in der Försterwiese aus Staatswald Abt. Steinbrunn, Schilberg, Straubenhardt, Kottenbach und Hagwiese: 31 Lese Schlagraum geschätzt zu 3500 Fuder und Nadelholzstellen.

Württembergischer Ortsgr. Birkenfeld.

Sonntag den 24. März

Ausflug

Mühlacker — Baihingen — Köpfelsteil — Lomersheim — Mühlhausen — Rosswag, abfahrt ab Birkenfeld 10.41 Uhr, Marschzeit: 3 1/2 Stunden.

Führer: Ad. Beller.

Birkenfeld.

Habe sehr schöne

Seckbohnen

zu verkaufen.

Diettingerstr. 33.

Stuttgart, 21.

der Schwarzwalder

erhingen ständiges

gebeten wird

rufen. Bekanntlich

erhalten gekündigt

ein Jahr durchzuf

Am 21. März

und Beherausgab

hingschwerigste

Gläubigerverfamm

Stadtverwaltung

rechterhaltung des

hundert von Ang

Friedrichshafen

„Kodellu“ während

Korruption des

den Fahrten ein

lassen, richtet der

die Öffentlichkeit

wird auch auf der

kation an Bord des

programm zu be

Standorts- und

reichen Presseber

telegrammen in de

Nichtung von Lan

offizielle Radiobeg

Freudenbad

wurde in dem na

erst. Das An

hann Georg K

igleit und K

Bewohnern, nur

Kur das Großvie

ner und Schweine

Bohndens des K

nicht werden. W

Kaiser Karl K

vorlagen, verha

geliefert wurde.

und Erhängen ei

Kreisbahndirekt

kommen, im la

umfang des abge

Schulferien auszu

und Bremen, am

am 21. Juli nach

ph). Die Ferien

angeboten anfang

ung in der zweiten

weise für diese

geringfügigen

Wert, weil zugleich

Jahrespreiserhöh

hattergefunden hat.

Schramberg, 21.

der Schwarzwalder

erhingen ständiges

gebeten wird

rufen. Bekanntlich

erhalten gekündigt

ein Jahr durchzuf

Am 21. März

und Beherausgab

hingschwerigste

Gläubigerverfamm

Stadtverwaltung

rechterhaltung des

hundert von Ang

Friedrichshafen

„Kodellu“ während

Korruption des

den Fahrten ein

lassen, richtet der

die Öffentlichkeit

wird auch auf der

kation an Bord des

programm zu be

Standorts- und

reichen Presseber

telegrammen in de

Nichtung von Lan

offizielle Radiobeg

Kom

Copyright

W. Fortsetzung.

Weinend sch

Tränkeins, das

Freischle.

„Ich weiß n

terüber Schime

vor — es gab

ung war und

das ist lange, la

lich einmal war

man auch achte

Erila fuhr

„Das ist es

es Rama n

ober er verdient

„Wissen Sie

„Ja, er ist

„Wurde er

„Armes Kind

„Was wollen

„Reagen Sie

und meine S

Witmenschen zu

immer Mensch

Erila war le

„Sie gehen

beider Stimm

„Ich nicht

„Warten“

„Ja werde

„Ingen,“ entgeg